

Hier und Heute  
[10.03.2008]

Schülerparlament tagte zum vierten Mal - Dekretentwurf zu  
Maßnahmen gegen Rassismus

## **Frischzellenkur am Kaperberg**

Von Boris Cremer

**19 Schüler aus St.Vith hatten am vergangenen Freitag Gelegenheit, ein bisschen politische Luft zu schnuppern. Die Schüler des Königlichen Athenäums (KA) und der Bischöflichen Schule (BS) debattierten im Schülerparlament die Problemfelder Kinderarmut und Rassismus.**

»Toi, toi, toi.« Geschichtslehrer Carlo Lejeune machte seinen Schützlingen kurz vor Beginn der Plenarsitzung noch einmal Mut, dann aber waren Lejeunes Schüler der BS ganz auf sich alleine gestellt. »Wer versteht, wie das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft funktioniert, kann eine Brücke zu größeren Parlamenten auf nationaler und internationaler Ebene schlagen«, sagte der PDB-Politiker Dieter Pankert, der die Sitzung des Schülerparlaments im Namen des PDG-Präsidiums eröffnete. Danach musste Pankert das Feld für den Nachwuchs räumen, denn als Präsidentinnen des Parlaments fungierten in der Folge Christina Feltes (KA) und Katja Jakobs (BS).



Einblick ins politische Geschäft: Auf diesem Bild wirft Sven Leufgen (am Rednerpult) vom Königlichen Athenäum St.Vith die Frage auf, wieso die Polizei nicht mehr Alkoholkontrollen durchführe. Minister Oliver Paasch (l.) hört interessiert zu. Fotos: Helmut Thönnissen

Als Vertreter der Eupener Klötzerbahn hatten die Minister Isabelle Weykmans (PFF) und Oliver Paasch (PJU-PDB) auf der Regierungsbank Platz genommen. Beide wurden gleich gefordert, denn die Sitzung des Schülerparlaments begann - so wie es auch bei PDG-Debatten üblich ist - mit einer Fragestunde. Dabei erbaten die jungen Parlamentarier Auskunft zu Themen wie Alkoholkontrollen, Austauschprogrammen und Gewaltbekämpfung (s. Artikel unten). Ein Blick in das Rund der jungen Eintagespolitiker ließ keinen Zweifel: Die Schülerinnen und Schüler aus St.Vith hatten sich im Vorfeld nicht nur Gedanken über ihre Redebeiträge, sondern auch zum dazugehörigen Outfit gemacht. Wie aus dem Ei gepellt saßen die jungen Herren in Anzug und Krawatte auf ihren Sitzen, und die Damen hatten am Morgen offenkundig noch intensiver als sonst ihren Kleiderschrank durchwühlt.

Die Fragestunde hatte nicht nur Informationswert, sondern lockerte auch die Stimmung im Plenarsaal auf. Die Nervosität war rechtzeitig zum Beginn der eigentlichen Debatte gewichen, und so entwickelte sich bereits beim Thema Kinderarmut eine muntere Aussprache (s. Artikel links unten). Die 19 Schülerparlamentarier hatten zuvor in einem Ausschuss die Eckpunkte einer Resolution debattiert. Auch beim dritten wichtigen Tagesordnungspunkt - nach Fragestunde und Resolution zur Kinderarmut -, einem Dekretentwurf zum Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, nahmen die jungen Parlamentarier kein Blatt vor den Mund. »Rassismus ist auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Thema«, stellte die Berichterstatteerin des zuständigen Ausschusses für Ausländerintegration, Caroline Mertens (BS), zu Beginn fest. Beide »Fraktionen« lobten das angenehme Verhandlungsklima bei der Ausarbeitung des Dekretentwurfs. Das Papier wurde zwar von der Bischöflichen Schule vorgelegt, aber das Schülerparlament hat alle Abänderungsvorschläge des Königlichen Athenäums einstimmig angenommen.

Der Dekretentwurf sieht u.a. flächendeckende Integrationsprojekte und Abendveranstaltungen zur besseren kulturellen Verständigung vor. Auch wird gefordert, dass ausländische Schüler, die dem Unterricht in so genannten Übergangsklassen folgen, schneller in den regulären Schulbetrieb integriert werden.

Im Zusammenhang mit diesen Forderungen übten die Schüler scharfe Kritik an den Medien. Sie rückten die Zuwanderer in ein schlechtes Licht. »Wenn ein Ausländer verurteilt wird, ist es groß in der Zeitung zu lesen. Bei Belgien wird hingegen kaum berichtet«, war zu hören. Die Forderung, die Regierung möge doch der Presse etwas mehr auf die Finger schauen, veranlasste Minister Paasch klarzustellen, dass die Presse unabhängig sei und mit Ausnahme einiger schwarzer Schafe in seinen Augen durchaus objektiv und ausgewogen berichte, so wie es die Berufsethik den Journalisten auftrage.

Hier und Heute  
[10.03.2008]

Resolution zur Kinderarmut

### »Zu viele fallen durch das soziale Netz«

Das Schülerparlament hat in seiner Sitzung am vergangenen Freitag auch das Thema Kinderarmut diskutiert und dazu eine Resolution verabschiedet. »In Belgien sind zwölf Prozent der Kinder arm, und auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen zu viele Kinder durch das soziale Netz«, gab Andreas Grieven von der Bischöflichen Schule (5. Jahr) zu bedenken. Er stellte einen engen Zusammenhang zwischen den finanziellen Möglichkeiten der Familien und den schulischen Leistungen bzw. Chancen der Kinder fest. Außerdem bemerkte BS-Schüler Andreas Grieven: »Die Kinderarmut zu bekämpfen, bedeutet gleichzeitig, einer späteren Kriminalität dieser Kinder vorzubeugen.«



Unterrichtsminister Paasch lobte den »sehr interessanten Redebeitrag des Kollegen Grieven«, dem er Recht in der Feststellung gab, das Thema Kinderarmut sei in der Vergangenheit vom Gemeinschaftsparlament kaum thematisiert worden. Allerdings sei dieses Problem Gegenstand von Gesprächen, an denen viele Organisationen beteiligt seien. Paasch verwies auf die wichtige Rolle von Einrichtungen wie dem Dienst für Kind und Familie und dem Fonds zum Schutz des ungeborenen Lebens. »Wir sind bemüht, Kinderarmut zu verhindern oder zumindest zu bremsen«, erklärte Paasch abschließend. Die Resolution wurde vom Schülerparlament einstimmig angenommen.

(boc)

Hier und Heute  
[10.03.2008]

Das Schülerparlament stellte zwölf Fragen an die Vertreter der Gemeinschaftsregierung

### Wenn die Theke geschlossen wird...

Wie im »richtigen« Gemeinschaftsparlament hatten die Mitglieder des Schülerparlaments die Gelegenheit, der Regierung Fragen zu aktuellen Themen zu stellen. Und von dieser Möglichkeit machten die St.Vithier Schüler des Königlichen Athenäums (KA) und der Bischöflichen Schule (BS) fleißig Gebrauch. Insgesamt zwölf Fragen stellten sie den anwesenden Vertretern der Gemeinschaftsregierung, Isabelle Weykmans (PFF) und Oliver Paasch (PJU-PDB).

**Patrice Wangen (BS)** erkundigte sich, wie die Regierung auf einen Resolutionsvorschlag des vorherigen Schülerparlaments reagiert habe. Dabei war eine verstärkte Kontrolle des Lärmpegels auf Veranstaltungen gefordert worden. Isabelle Weykmans erklärte, Gesundheitsminister Bernd Gentges (PFF) habe den neun ostbelgischen Bürgermeistern nahegelegt, die Polizei um gezielte Maßnahmen zu bitten. Außerdem tüftle ein Raereener Ingenieur an einem Gerät, das beim Überschreiten einer gewissen Lautstärke die Stromzufuhr automatisch kappt.

Über die Rolle der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Debatte zur Zukunft Belgiens erkundigte sich **Daniel Servais (KA)**. Oliver Paasch antwortete, die DG könne diese Diskussion nicht maßgeblich beeinflussen, wohl aber zum richtigen Zeitpunkt ihre Anliegen vortragen. »Ich bin fest davon überzeugt, dass es Belgien weiter geben wird, auch wenn sich die Strukturen ändern werden«, so Paasch.

Auf die Frage von **Sven Leufgen (KA)**, wieso die Polizei nicht mehr Alkoholkontrollen durchführe, sagte Weykmans, es bestünden personelle Zwänge, und bei 300 Veranstaltungen pro Jahr alleine

in der Eifel könne die Polizei nicht überall kontrollieren. Die Ministerin verwies aber darauf, dass gerade die Polizeizone Eifel sehr aktiv in diesem Bereich sei.

Sowohl **Dany Dederichs** als auch **Thomas Roehl (beide KA)** warfen die Frage auf, was die DG tue, um ihren Bekanntheitsgrad im In- und Ausland zu steigern. »Es ist nicht einfach 73335 Einwohner bekannt zu machen«, gab Paasch zu bedenken. Allerdings leiste das Verkehrsamt der Ostkantone im touristischen Bereich einen großen Beitrag, und auch die Vertretung der DG in Brüssel sei dem Zweck dienlich, die Gemeinschaft bekannter zu machen.

**Johannes Kloos (KA)** brachte das Thema PISA-Studie zur Sprache und erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach aktuellen Problemen im Unterrichtswesen. Derer gebe es einige, sagte Paasch. Sorgen bereite ihm, dass 15 Prozent der ostbelgischen Schüler im Alter von 15 Jahren nicht über die Fähigkeiten verfügten, die der Arbeitsmarkt verlange. Bedenklich sei auch der hohe Schulrückstand: 42 Prozent aller ostbelgischen 15-Jährigen hingen mindestens ein Schuljahr hinten dran. Auch die Bildungsgerechtigkeit müsse gesteigert werden.

**Olivier Colling (KA)** stellte eine Frage zum Thema Gewalt auf Veranstaltungen, was er eng mit Alkoholkonsum verknüpfte. »Wenn um 3 Uhr die Theke geschlossen wird, muss man aufpassen, wen man stößt«, so Colling, der feststellt, dass es »mehr Fälle von Nasenbruch als von Alkoholvergiftung« gebe. Weykmans unterstrich in diesem Kontext die Bedeutung von Präventivmaßnahmen. Auf den Veranstaltungen selber spielten zudem die privaten Sicherheitsdienste eine wichtige Rolle.

Wie die DG feststellen könne, ob sich ein Asylbewerber an »die Lebenssitten und Gesetze in Belgien« halte, wollte **Thomas Hugo (KA)** wissen. Weykmans erklärte, dass dies eine Zuständigkeit des Föderalstaates sei, dass aber in Ostbelgien viele Vereinigungen im Bereich der Integration aktiv seien (Jugendgruppen, ÖSHZ,...).

Die Lernmethode »Lesen durch Schreiben« sei umstritten, bemerkte **Angie Schäfer (KA)** in ihrer Frage, ob zu dieser Methode Studien oder Umfragen vorlägen. Das verneinte Unterrichtsminister Paasch. Er verwies darauf, dass »Lesen durch Schreiben« in der Tat umstritten sei, die Methode an ostbelgischen Schulen aber nur in Kombination mit »ordinären Methoden« angewandt würde.

**Christina Feltes (KA)** wollte wissen, inwiefern die DG Jugendliche zu einem Auslandsaufenthalt ermuntere. Jugendministerin Weykmans verwies auf die Bedeutung dieser Form von Mobilität und erklärte, dass die Jugendinformationszentren dabei mit Rat und Tat zur Seite stünden. Als Beispiel für eine Möglichkeit des Schüleraustauschs führte Weykmans Kanada an. Hierbei greife eine Zusammenarbeit mit der Französischen Gemeinschaft.

**Frédéric Dejosé (KA)** erkundigte sich, welche Möglichkeiten ältere Menschen hätten, den Umgang mit neuen Technologien (z. B. Internet) zu erlernen. In ihrer Antwort verwies Isabelle Weykmans auf das Jugendzentrum Inside in Eynatten, dessen Computerkurse auch älteren Personen zur Verfügung stünden, sowie auf die Kursangebote der Eiche VoE und der Frauenliga.

Zu guter Letzt wollte **Zlata Omerovic (KA)** wissen, was die DG unternehme, wenn ein ausländischer Schüler zwar in Belgien sein Abitur gemacht habe, aber im Anschluss nicht studieren dürfe, weil er keine gültige Aufenthaltsgenehmigung habe. »Es gibt Fälle, in denen auch ein Minister nichts tun kann«, erklärte Paasch. »Dafür ist eindeutig der Föderalstaat zuständig.«(boc)